

Zwickau mit besten Chancen

L12 v. B. 12.11

Prüfbericht zu Standorten der neuen sächsisch-thüringischen Haftanstalt

Erfurt. Die Standortstunde für die gemeinsame Haftanstalt Thüringens und Sachsens gerät zur Farce. Die Regierungen ließen in einer vertraulichen Studie nur sechs von zwölf Standorten tatsächlich auf deren Eignung überprüfen. Die übrigen wurden zuvor bereits per k.o.-Kriterien aus dem Bewerberkreis geworfen. Geht es nach dem Bericht, hat Zwickau die besten Chancen auf den JVA-Neubau.

Von ROBERT BÜSSOW

Thüringen und Sachsen wollen 2014 mit dem Bau eines Gefängnisses (JVA) beginnen. Ob in Ostthüringen oder Südwestsachsen, darüber wird seit mehr als einem Jahr gestritten. Nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung im September sollte die Frage ursprünglich bis Jahresende entschieden sein. Stattdessen präsentierte Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) vergangene Woche nur eine Vorauswahl von vier Kandidaten: Das sind in Thüringen Gera (Aga) und Korbußen (östlich von Gera) sowie in Sachsen Zwickau mit den Standorten Pöhlau und Marienthal. Ein Bericht habe ergeben, dass sie die Anforderungen am besten erfüllen. Bis Juli 2012 soll es eine endgültige Entscheidung geben.

Was Poppenhäger jedoch verschwiegen: Von den zwölf Standorten, die sich für den 130 Millionen Euro teuren Neubau beworben hatten, wurden nur sechs in die Untersuchung einbezogen. Bereits im September hatten sich beide Kabinette demnach intern geeinigt, jeweils nur drei Standorte zuzulassen. In Sachsen kam noch Plauen-Oberlosa und in Thüringen Seelingstädt (Greiz) in die Auswahl. Alle anderen Bewerber wurden zuvor per k.o.-Kriterien, wie es in dem Bericht heißt, aus dem Rennen ge-

kegelt – dies sei „arbeitsökonomisch“. Darunter auf Thüringer Seite unter anderem Altenburg und Hohenleuben. Weder Prüfbericht noch Kriterienkatalog wurden veröffentlicht. Dies schürte nicht nur den Zorn der Bürgermeister, sondern auch Gerüchte, wonach Poppenhäger seinem Parteifreund Norbert Vornheim, SPD-Oberbürgermeister in Gera, einen Gefallen tun wollte.

Der 30 Seiten starke Bericht, der dieser Zeitung exklusiv vorliegt, definiert drei k.o.-Kriterien: Grundstücke mit einer Fläche von weniger als 20 Hektar, eine großflächige Kontaminierung sowie fehlende

Zustimmung der kommunalpolitischen Organe. Aus welchen Gründen Altenburg & Co. konkret herausfielen, wird allerdings nicht erklärt. Das Justizministerium will dazu erst Stellung nehmen, wenn sich beide Regierungen am 20. Dezember offiziell mit dem Bericht befasst haben, erklärte eine Sprecherin.

Die Studie beruht auf 14 Kriterien, die unterschiedlich stark gewichtet sind. Ganz oben stehen Baurecht, die Nähe zu den Oberzentren Gera, Jena, Plauen, Chemnitz und

Zwickau sowie die Verkehrsanbindung. Die JVA ist als zentrale Schubstelle für Sammeltransporte von Gefangenen aus Bayern, Sachsen, Thüringen und

Sachsen-Anhalt vorgesehen, weshalb die Entfernung zu Autobahnen und Bundesstraßen entscheidend ist. Die Nähe zu einer größeren Stadt, die mindestens 50 000 Einwohner zählen soll, wurde wegen der Notfallversorgung (Polizei, Feuerwehr, Krankenhäuser), Angeboten zur Resozialisierung der Gefangenen sowie Lebensqualität für die Beschäftigten ebenfalls hoch eingestuft.

Geht es nach der Studie, hat Zwickau-

Pöhlau die größte Chance auf das Großgefängnis. Der Standort erreicht 85,8 von maximal 100 Punkten. Es folgen Korbußen (84,4), Zwickau-Marienthal (83,7) und Gera (80). Alle liegen dicht auf und seien „grundsätzlich gut geeignet“, heißt es. Seelingstädt und Plauen fallen mit jeweils rund 60 Punkten deutlich ab.

Die Thüringer Linkspartei kritisierte das intransparente Gebaren der Regierung. „Dass plötzlich vier Standorte präferiert werden, ohne zu sagen, warum diese und die anderen nicht, macht stutzig“, sagte Landtagsmitglied Ralf Hauboldt. „Alle Bewerber um den Standort haben einen Anspruch auf Chancengleichheit im Auswahlverfahren.“ Selbst im Justizausschuss hätte es keinerlei Informationen gegeben. Er fordert Poppenhäger mit einer parlamentarischen Anfrage zum Offenbarungsseid auf.

Der Bau der gemeinsamen JVA mit 940 Plätzen soll im Jahr 2014 beginnen und drei Jahre später die überlasteten und maroden Altanstalten in Gera, Hohenleuben sowie Zwickau ersetzen. Mit etwa 1850 Gefangenen auf 840 Einzelhaftplätze ist Thüringens Schlusslicht in Deutschland. In der neuen Justizvollzugsanstalt soll es überwiegend die gesetzlich vorgeschriebenen Ein-Mann-Zellen ge-